

"Weder Anschluß noch Abschließung Österreichs" in Die Presse (22. November 1959)

Legende: Am 22. November 1959 kommentiert die Wiener Tageszeitung Die Presse die Kritik Leopold Wagners, des Präsidenten des Österreichischen Wirtschaftsbundes, an der Haltung der österreichischen Sozialisten gegenüber dem europäischen Aufbauwerk.

Quelle: Die Presse. 22.11.1959, n° 3427. Wien.

Urheberrecht: (c) Die Presse

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"weder_anschluß_noch_abschließung_osterreichs"_in_die_presse_22_november_1959-de-eb6c4ed6-b071-4df6-b417-db98e0aa0568.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Weder Anschluß noch Abschließung Österreichs

Stellungnahme des Österreichischen Wirtschaftsbundes zur Integration Europas

„Es mutet merkwürdig an, wenn von sozialistischer Seite die Bemühungen um die wirtschaftliche Integration Europas plötzlich als kapitalistische Restauration und als Wiederaufleben der Anschlußgefahr für Österreich hingestellt werden“, erklärte der geschäftsführende Präsident des Österreichischen Wirtschaftsbundes, Landeshauptmann Wagner, bei einer Versammlung des Wirtschaftsbundes.

Es ist notwendig, erklärte der Redner, das Gedächtnis mancher führender Politiker aufzufrischen und daran zu erinnern, daß die wirtschaftliche Verflechtung Europas nicht von der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Jahre 1957 ausging, sondern von der Gründung der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit im Jahre 1948 im Zusammenhang mit der Durchführung des Marshall-Plans. Die mehr als vierzehn Milliarden Schilling an ERP-Mitteln, die zwischen 1948 und 1958 vorwiegend in die verstaatlichte Industrie- und Energiewirtschaft Österreichs investiert wurden, sind von den Sozialisten bedenkenlos angenommen worden, obwohl diese ERP-Hilfe an die Bedingung der Liberalisierung des zwischenstaatlichen Güteraustausches geknüpft war. Wenn heute die SPÖ von der Gefahr einer „Wiederholung des Anschlusses, nicht mehr an einen Staat, sondern an eine Staatengemeinschaft“ spricht, so sieht sie Gespenster, an die kein denkender Mensch glaubt.

Es geht um die Arbeitsplätze!

Mit dem Schlagwort vom Anschluß können die Sozialisten nichts an der Tatsache ändern, daß Österreich durch den Export in die Staaten der Wirtschaftsgemeinschaft und durch den Ausländerfremdenverkehr aus den Staaten der Wirtschaftsgemeinschaft 1958 rund 15 Milliarden Schilling verdiente, das sind rund 14 Prozent unseres Volkseinkommens. Praktisch aber geht es um viel mehr, denn die Arbeitsplätze, die bei einem Rückgang dieser Exporte verloren gingen, könnten nie mehr im gleichen Umfang ersetzt werden. In der österreichischen Industrie hängt die Beschäftigung im Gesamtdurchschnitt zu rund einem Drittel vom Export ab und in der Fremdenverkehrswirtschaft mehr als zur Hälfte von den Auslandsgästen.

Der beste Garant der österreichischen Selbständigkeit wird auch in Zukunft die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft auf den Auslandsmärkten sein. Die Unternehmer, aber auch die Arbeiter müssen sich im klaren darüber sein, daß ein Österreich, das gegenüber der wirtschaftlichen Einigung Europas im Schmollwinkel verharrt, nicht nur mit einer Gefährdung von Absatz und Arbeitsplätzen durch sinkende Exporte, sondern auch mit einer Gefährdung von Absatz- und Arbeitsplätzen durch steigende Importe zu rechnen hat.

Wenn aber die ausländischen Unternehmer mit dem Absatz ihrer Waren in Österreich erheblich mehr verdienen als die österreichischen Unternehmer mit dem Absatz ihrer Waren im Ausland und Österreichs Zahlungsbilanz dadurch chronisch passiv würde, dann wäre die Gefahr einer Überfremdung gegeben. Der Grundsatz unserer Politik kann daher nur lauten: weder Anschluß noch Abschließung, sondern Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft und Kampf um eine möglichst günstige Ausgangsposition in dem bereits zur Realität gewordenen europäischen Markt.

Ein anderer Pittermann

In einem Rundfunkvortrag über das Thema „Auf dem Wege nach Europa“ beschäftigte sich Vizekanzler Dr. Pittermann am Samstag wieder mit den Bestrebungen zur wirtschaftlichen Einigung Europas. Was er diesmal sagte, klang anders als seine überraschende, scharfe Absage an die europäische Wirtschaftsgemeinschaft in seiner Rede auf dem sozialistischen Parteitag vor einer Woche. Die Reaktion der gesamten Öffentlichkeit dürfte Dr. Pittermann bewogen haben, sich diesmal auf einen historischen Rückblick über die wirtschaftlichen Einigungsbestrebungen zu beschränken. Er wiederholte nicht nur nicht seinen Angriff auf die europäische Wirtschaftsgemeinschaft, er meinte vielmehr, es bestehe kein Grund zum Pessimismus. Nach den Erklärungen, die maßgebende Vertreter sowohl der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft der Sechs, als auch der Freihandelsassoziation der Sieben abgaben, sei man auf

beiden Seiten nach wie vor bestrebt, durch Verhandlungen eine, alle Mitgliedstaaten der europäischen Wirtschaftsorganisation umfassenden Freihandelszone zu erreichen.